

Sergej Lawrow im Interview zum Thema UNO

Interview mit Außenminister Sergej Lawrow für einen Dokumentarfilm mit dem Titel „Die UN vom 20. bis zum 21. Jahrhundert“



25. September 2024

Frage: Wir werden bald den 80. Jahrestag der UNO feiern, als Andrej Gromyko die Dokumente zu ihrer Gründung im Namen der Sowjetunion unterzeichnete. Wir standen an der Wiege dieser Organisation. Welchen Beitrag haben die Sowjetunion und Russland zu den Aktivitäten der UNO geleistet, wenn wir ihre Geschichte betrachten? Wodurch zeichnet sich Russlands Haltung gegenüber dieser globalen Organisation aus?

Sergej Lawrow: Sie haben ganz richtig gesagt, dass die Sowjetunion an der Wiege der UNO stand. Die Idee der Schaffung einer universellen internationalen Organisation (dies ist die früheste Erwähnung, die wir in unseren Archiven gefunden haben) nach dem Zweiten Weltkrieg wurde erstmals in einem Dokument erwähnt, das die sowjetischen, amerikanischen und britischen Außenminister bei einem Treffen im Empfangshaus des russischen Außenministeriums in Moskau im Herbst 1943 abstimmten. Es gilt als die erste Erwähnung der vor Kriegsende erzielten grundsätzlichen Einigung über die Erörterung der Nachkriegsarchitektur der internationalen Sicherheit, der Interaktion und der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Die UN-Charta ist ein Dokument, das von den Teilnehmern dieser Veranstaltung, darunter Andrej Gromyko und seine Genossen und Kollegen, unterzeichnet wurde. Die Sowjetunion leistete einen konkreten Beitrag zur Schaffung der modernen Sicherheitsinfrastruktur, indem sie darauf bestand, dass Frankreich als eine der fünf Großmächte mit ständiger Vertretung im wichtigsten UN-Gremi-

um, dem Sicherheitsrat, anerkannt wird. Nach dem Inkrafttreten der UN-Charta, der konstituierenden Konferenz in San Francisco und der Gründung der UNO setzte sich die Sowjetunion energisch für die Einhaltung der in der UN-Charta festgelegten Grundsätze ein.

Weniger als ein Jahr, nachdem die Siegermächte die UNO auf der Grundlage der in ihrer Charta formulierten hehren Prinzipien gegründet hatten, wurde deutlich, dass der Westen entgegen diesen Prinzipien beabsichtigte, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen, und zwar nicht nur einen kalten Krieg, sondern einen totalen Krieg. Diese Pläne der Angelsachsen sind längst öffentlich bekannt geworden.

Unser Archiv hat kürzlich Dokumente veröffentlicht, die zeigen, dass Großbritannien und Frankreich vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges (1941-1945) eine Konfrontation mit der Sowjetunion in Erwägung zogen. Wir dachten jedoch, dass die Gründung der UNO diese Pläne begraben hätte und dass wir auf der Grundlage der wichtigsten Prinzipien der UN-Charta leben würden – der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen und der Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Unsere westlichen Kollegen haben diese Grundsätze besonders stark mit Füßen getreten.

Nach der Gründung der NATO hat die Sowjetunion ein umfangreiches Dokument in Umlauf gebracht, das die nachteiligen Auswirkungen und die Gefahr des Aufbaus von Mauern zwischen Ost und West, insbesondere in Europa, aufzeigte und dazu aufrief, die UN-Charta zu achten und darauf hinzuarbeiten. Unser Aufruf wurde nicht beachtet. Daraufhin wurde die Organisation des Warschauer Vertrages gegründet und der Kalte Krieg begann. Winston Churchill zog 1946 den Eisernen Vorhang zu.

Wir kämpfen jedoch weiterhin für Gerechtigkeit und die Durchsetzung des Grundsatzes der souveränen Gleichheit der Nationen. Die Entkolonialisierung war eine leuchtende Etappe und eine wichtige Verkörperung dieses Grundsatzes. Die Sowjetunion war der Hauptinitiator der Erklärung von 1960 über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker. Nach ihrer Verabschiedung erhöhte sich die Zahl der UN-Staaten um 80-90 Mitglieder. Mit dieser Erklärung wurde der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker in die Praxis umgesetzt.

Sie sagen uns, dass das Hauptziel heute darin besteht, die territoriale Integrität der Ukraine zu gewährleisten. Das ist eine irreführende Auslegung der UN-Charta, in der das Recht der Völker auf Selbstbestimmung über die territoriale Integrität gestellt wird. Die UN-Generalversammlung hat später beschlossen, dass die territoriale Integrität von Staaten zu respektieren ist, wenn ihre Regierungen die gesamte Bevölkerung des Territoriums vertreten. Genau wie die Kolonialmächte, die nicht die gesamte Bevölkerung der kolonisierten afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Länder vertraten, vertrat die Regierung, die nach einem Staatsstreich in der Ukraine die Macht übernahm und sofort erklärte, dass sie die russische Sprache verbieten würde, nicht die Krim, den Donbass oder Noworossija. Darin sehen wir einen Grund, der den Westen daran hindert, von der Ukraine zu verlangen, faire Verhandlungen zu führen und die Grundsätze der UN-Charta zu respektieren.

Noch vor der Forderung nach Achtung der territorialen Integrität fordert die UN-Charta die Achtung der Menschenrechte ohne Unterschied der Ethnie, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion. Ich werde jetzt nicht über Ethnie oder Geschlecht sprechen; viele andere Menschen tun dies bereit-

willig. Aber das Recht auf Sprache und Religion war immer das Banner des Westens in internationalen Angelegenheiten. Jetzt, da Zelenskys Naziregime, das der Westen gefördert hat, sowohl die sprachlichen als auch die religiösen Rechte eines großen Teils seiner eigenen Bevölkerung verboten hat, hat der Westen die Fahnen, die er jahrzehntelang geschwungen hat, weggelegt. Man spricht nur noch davon, der Ukraine den Sieg zu sichern, weil sie für europäische Werte kämpft. Ich sehe keine Notwendigkeit zu sagen, dass diese „Werte“ nicht mit der UN-Charta übereinstimmen.

Ich könnte noch viele andere Initiativen nennen, die von den Vereinten Nationen, der Sowjetunion und Russland verabschiedet wurden, wie z.B. die Notwendigkeit, das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern, oder eine Resolution, mit der Verhandlungen zur Schaffung eines soliden Rechtsrahmens für die internationale Informationssicherheit und zur Verhinderung der Nutzung des Cyberspace für militärische Zwecke eingeleitet wurden. Gleichzeitig wurde mit der Arbeit an einem internationalen Übereinkommen über Cyberkriminalität begonnen, die nun kurz vor dem Abschluss steht. Bestimmte Personen nutzen den digitalen Raum für alles andere als moralische Zwecke. Diese Konvention ist also ein weiterer Beitrag Russlands zur Stärkung des internationalen Rechts.

***Oberste Priorität hat jetzt die Verwirklichung der ursprünglichen Ziele
und Grundsätze der UN-Charta in ihrer Gesamtheit und als Ganzes,
und nicht nur punktuell oder gelegentlich.***

Frage: Auf verschiedenen Ebenen wird über die Notwendigkeit einer UN-Reform, insbesondere des Sicherheitsrates, diskutiert. Diese Diskussionen dauern bis heute an. Im Juli haben Sie in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die geografischen und geopolitischen Ungleichgewichte im Sicherheitsrat zu beseitigen. Alle sind sich einig, dass dies geschehen muss. Wie könnte ein Fahrplan für solche Reformen aussehen? Was könnten letztlich die möglichen Parameter für solche Reformen in naher Zukunft sein?

Sergej Lawrow: Die Reform ist kein einmaliges Ereignis. Es handelt sich um einen Prozess, der seit der Gründung der Vereinten Nationen im Gange ist. Der Sicherheitsrat wurde in den frühen 1960er Jahren erweitert. Es wurden Gremien geschaffen, die in der Charta ursprünglich nicht vorgesehen waren, wie die UN-Menschenrechtskommission, die später in den Menschenrechtsrat umgewandelt wurde, und die Kommission für Friedenskonsolidierung (ein relativ neues Gremium, das vor 20 Jahren eingerichtet wurde), die sich mit dem Übergang von der Konfliktlösung zum Wiederaufbau betroffener Gebiete befasst. Auch die friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen wurden erheblich ausgeweitet und sind breit vertreten. Wir sind in einer Reihe von Sondereinsätzen aktiv. Die UNO schafft immer wieder neue Gremien, die den Veränderungen im realen Leben Rechnung tragen. Ich habe die Cybersicherheit erwähnt, die es vor 20 Jahren noch nicht gab. Damals dachte noch niemand daran.

Inmitten der laufenden Reformen verschiedener UN-Institutionen konzentrieren sich alle zweifellos in erster Linie auf die Reform des Sicherheitsrats. Das ist verständlich. Er ist nicht nur das wichtigste Gremium, das in Fragen von Krieg und Frieden eine entscheidende Rolle spielt, sondern bietet auch ein gewisses Prestige. Wenn ein Land ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat ist, weckt dies nationalen Stolz, stärkt die nationale Identität und hat eine bedeutende innenpolitische Dimension für die Länder, die sich um einen Sitz im Rat bemühen.

Dieser Prozess ist im Gange. Als ich 1994 als Ständiger Vertreter unseres Landes nach New York kam, war er bereits im Gange und entwickelte sich weiter. Er stützt sich jedoch auf Grundsätze, die unbedingt beibehalten werden müssen. Das wichtigste Prinzip ist, dass die Reform des Sicherheitsrates auf einem breiten Konsens der Staaten beruhen muss. Es heißt zwar nicht „Konsens“, aber es heißt „breites Einvernehmen unter den Staaten“.

Einige Länder versuchen, diesen Prozess (der von Natur aus ein ziemlich komplexes Unterfangen ist) aufgrund gegensätzlicher nationaler Interessen und Erwägungen des nationalen Ansehens im Hinblick darauf, wer in einer bestimmten Region mehr Ansehen genießt, künstlich zu beschleunigen. Eile ist hier fehl am Platze. Diejenigen, die auf eine Beschleunigung des Prozesses drängen, argumentieren, dass für eine Änderung der UN-Charta eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, und schlagen vor, die Frage in der UN-Generalversammlung zur Abstimmung zu stellen. Eine Zweidrittelmehrheit stellt jedoch keine breite Zustimmung dar. Dies würde zu einer Polarisierung führen.

Andere Länder, die sich für eine Reform des Sicherheitsrats einsetzen, bestehen auf der Aufnahme weiterer ständiger Mitglieder. Sie haben sich in der Gruppe der Vier (G4) zusammengeschlossen, zu der auch die Initiatoren dieses Prozesses gehören, nämlich Indien, Brasilien, Deutschland und Japan. Ihnen gegenüber steht eine große Gruppe von Ländern, die eine Aufstockung der ständigen Mitglieder für inakzeptabel halten und nur die Idee einer Erweiterung der Zahl der nicht ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats unterstützen.

Als ich als Ständiger Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen in New York tätig war, sprach sich mein mexikanischer Amtskollege bei der Diskussion über die Reform des Sicherheitsrats gegen die Notwendigkeit neuer ständiger Sitze aus und sagte, dass eine Ungerechtigkeit begangen wurde, als fünf Ländern besondere Privilegien gewährt wurden, und dass wir diesen Fehler nicht wiederholen sollten. Im Einklang mit dieser Logik wurde eine Gruppe mit dem Namen „Uniting for Consensus“ gebildet, die darauf abzielt, jegliche Abstimmung zu vermeiden. Dieser Gruppe gehören verschiedene Länder an, kleine, mittlere und etwas größere. Ich habe bereits Mexiko und mehrere lateinamerikanische Länder sowie viele europäische Länder erwähnt. Sie sind sich darüber im Klaren, dass sie realistischere nicht damit rechnen können, einen ständigen Sitz zu erhalten. Dies ist ein weiterer Grund, warum sie den Abstimmungsprozess nicht überstürzen wollen.

Wenn also jemand sagt: „Lasst uns die Dinge nicht länger hinauszögern und abstimmen, dann haben wir eine Zweidrittelmehrheit“, dann ist das nicht unbedingt wahr. Es bedeutet, dass sie einen Schritt machen wollen. Wenn dieser Schritt erfolgreich ist, wird er ein Drittel der „respektablen“ Länder an den Rand drängen, die sich an der Arbeit der Wirtschaftsgremien beteiligen, humanitäre Hilfe für verschiedene Länder leisten und ihre Kontingente für friedenserhaltende Maßnahmen zur Verfügung stellen. Wenn ein solcher Beschluss gefasst wird, wird die Legitimität des Sicherheitsrats für diese Länder eher abnehmen als zunehmen. Diese Spielchen sind gefährlich.

Gemeinsam mit der Volksrepublik China, die unseren Ansatz der Suche nach einer breit angelegten Einigung anstelle der Auferlegung von Lösungen voll und ganz teilt, tun wir alles, was wir können.

Vor diesem Hintergrund haben andere ständige Mitglieder des Sicherheitsrats – das Vereinigte Königreich, Frankreich und die USA – eine eher zweideutige Position eingenommen. Das Vereinigte Königreich und Frankreich spielen mit denjenigen, die den Prozess beschleunigen wollen.

Gleichzeitig haben die Franzosen die Idee geäußert, das Vetorecht zu begrenzen. Sie sagen, es wäre eine freiwillige Beschränkung. Wir haben sie gefragt, wie sie sich das in der Praxis vorstellen. Sie sagten, dass dies für Fälle von Völkermord und massiven Menschenrechtsverletzungen gelten sollte, und schlugen vor, dass die ständigen Mitglieder in solchen Situationen freiwillig auf ihr Vetorecht verzichten sollten.

Es ist traurig, dass diese Situation aus einem zynischen Blickwinkel betrachtet werden muss. Wir haben die Franzosen gefragt, wie viele Opfer notwendig sind, damit wir erkennen, dass es an der Zeit ist, das Vetorecht aufzugeben, sei es bei Völkermord oder massiven Menschenrechtsverletzungen. Sind es 100? Mehr als 100? Soll das Vetorecht auch bei 99 angewandt werden? Das ist ein zynischer Ansatz, aber er verrät die Heuchelei der Franzosen, selbst unter solchen Umständen, solange er es Paris erlaubt, einen weiteren Schritt zu machen, um ins Rampenlicht zu gelangen.

Im Jahr 2023 begannen die USA, aggressiv für eine sofortige Erweiterung des UN-Sicherheitsrats einzutreten, indem sie denjenigen, die sie beanspruchen, einschließlich Deutschlands und Japans, ständige Sitze einräumten.

Unser Standpunkt ist ziemlich eindeutig. Der Sicherheitsrat braucht keine weiteren Mitglieder aus der „westlichen Gruppe“ (NATO, EU oder deren Verbündete wie Japan). Gegenwärtig sind sechs der 15 Mitglieder des Sicherheitsrates Vertreter der westlich orientierten Länder. Die westlichen Teilnehmer an diesem Prozess bringen keinen Mehrwert für die Arbeit des Sicherheitsrats. Alles wird von den USA bestimmt, wobei die Briten sie stets unterstützen. Wenn mehr westliche Teilnehmer dem Sicherheitsrat beitreten würden (in diesem Fall diejenigen, die darauf erpicht sind, wie Deutschland und Japan), würde das nichts anderes bedeuten, als die Ungerechtigkeit zu vergrößern und zu vertiefen. Es gibt kein einziges internationales Thema, zu dem Berlin oder Tokio jemals eine andere Meinung als die ihrer überseeischen Gönner vertreten hätten. Inzwischen sind die Entwicklungsländer im UN-Sicherheitsrat unterrepräsentiert.

Wir haben die legitimen Bestrebungen Indiens und Brasiliens, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erhalten, stets unterstützt. Aber auch die afrikanischen Bestrebungen müssen erfüllt werden. Afrika hat gemeinsame kollektive Positionen, die wir respektieren. Und das hätten wir auch gerne.

Unsere Position beinhaltet die Bereitstellung zusätzlicher Sitze für Asien, Afrika und Lateinamerika. Wir sind offen für einige dieser Sitze als ständige Sitze, aber wir müssen erst eine allgemeine Einigung erzielen, bevor wir vorankommen können. Das ist ein komplizierter Prozess. Ich sehe keine Chance, diesen Prozess in absehbarer Zeit zu einem schnellen und zügigen Abschluss zu bringen.

Frage: Ich hatte das Privileg, sechs von neun Generalsekretären der Vereinten Nationen zu interviewen. Als Ständiger Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen haben Sie mit Boutros Boutros-Ghali und Kofi Annan zusammengearbeitet, und danach, als Außenminister, mit Ban Ki-moon und Antonio Guterres.

Welcher der Generalsekretäre hat Ihrer Meinung nach am meisten zur Arbeit der UNO beigetragen, indem er ihre Entwicklung gefördert und ihr den Stellenwert gesichert hat, der ihr in internationalen Angelegenheiten zugesprochen war, und ich verstehe, dass solche Vergleiche in Anbetracht Ihrer Position ziemlich schwierig sein können?

Sergej Lawrow: Jeder der Vorgänger des jetzigen Generalsekretärs hat die Arbeitsweise des Sekretariats und die Traditionen, die es pflegt, sowie die Beziehungen des Sekretariats zu den Mitgliedstaaten maßgeblich mitgestaltet. Ich kann in diesem Zusammenhang auf U Thant verweisen, der aus Birma stammte.

Wenn ich unter den Personen, mit denen ich in New York und als Außenminister zusammengearbeitet habe, eine Auswahl treffen sollte, denke ich oft an Kofi Annan. Er war ein enger Freund von mir. Wichtig ist, dass er alles getan hat, um die Einhaltung von Artikel 100 der UN-Charta sakrosankt zu machen. Dieser Artikel besagt, dass das Sekretariat ein reines Verwaltungsorgan ist, das vom Generalsekretär geleitet wird. Daher muss es in allen Fragen neutral bleiben und es den Mitgliedstaaten überlassen, eine Einigung zu erzielen. Und wenn dies geschieht, muss das Sekretariat die von ihnen gefassten Beschlüsse und die Anweisungen, die es von ihnen erhält, ausführen.

Ich hatte gute Beziehungen zu Ban Ki-moon, der früher Außenminister der Republik Korea war, bevor er Generalsekretär wurde. Wir kannten uns gut, kommunizierten miteinander und besuchten uns gegenseitig.

Auch Antonio Guterres kannte ich recht gut, als er noch Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge war. Er hat Russland besucht und ist in dieser Funktion auch in den Nordkaukasus gereist. Antonio Guterres hat sich sehr dafür eingesetzt, dass die internationale Gemeinschaft die Wahrheit über die terroristischen Bedrohungen und die Art und Weise, wie wir ihnen begegnen mussten, erfährt.

Es gab einen interessanten Grund, der uns dazu veranlasste, Antonio Guterres zu unterstützen, natürlich in gewissem Maße. Es gibt keine formale Regel innerhalb der Vereinten Nationen, die sicherstellt, dass Generalsekretäre aus bestimmten Regionen oder regionalen Gruppen nach einem Rotationsverfahren ernannt werden. Die UNO hat fünf solcher Regionen: Asien, Afrika, Lateinamerika und die Karibik, Westeuropa und andere Länder, darunter die Vereinigten Staaten und Australien. Osteuropa bildet die fünfte Gruppe. Dieses Prinzip hat Tradition und stammt aus der Zeit, als die Sowjetunion und das sozialistische Lager in den Vereinten Nationen vertreten sein wollten. Diese Gruppen bestimmen die Quoten bei der Wahl verschiedener Gremien wie dem UN-Menschenrechtsrat und dem Wirtschafts- und Sozialrat. Es gibt eine ganze Reihe von Gremien innerhalb der Vereinten Nationen, die nicht offen sind, und diese Gruppen wurden geschaffen, um diese Gremien zu wählen.

Als die zweite fünfjährige Amtszeit von Ban Ki-moon zu Ende ging und die Diskussionen über seinen Nachfolger begannen, erinnerten wir uns daran, dass der Generalsekretär nicht ein einziges Mal aus dieser Region stammte, auch wenn zu diesem Zeitpunkt fast ganz Osteuropa Teil der EU oder der NATO war. Deshalb wollten wir, dass die Osteuropäer bei der Wahl des Nachfolgers von Ban Ki-moon Vorrang haben, und das war eine aufrichtige Position in unserem Namen. Übrigens gab es auch Kandidaten aus dieser Region. Und es waren auch Frauen unter den Kandidaten. Da war zum Beispiel Irina Bokova aus Bulgarien, eine hoch angesehene Persönlichkeit, die früher an der Spitze der UNESCO stand und in diesem Amt gute Arbeit geleistet hat. Es gab auch Kristalina Georgieva, eine talentierte Frau, die jetzt den Internationalen Währungsfonds leitet. Das ist es, was wir wollten.

Der Westen hat diesen Prozess jedoch blockiert, so dass es für die Osteuropäer unmöglich war, dieses Recht zu erhalten. Es gab ein langwieriges Hin und Her, in dem es die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vorzogen, nicht in diese Kontroverse hineingezogen zu werden. Wir haben uns dann auf Antonio Guterres als Kompromiss geeinigt. Das hat allerdings einen Nachgeschmack hinterlassen. Ich glaube, dass die osteuropäischen Länder, die derzeit unter dem Schirm der NATO stehen und von der EU unterstützt werden, verstehen müssen, wie ihre Herren sie behandeln.

Frage: Ich hatte die Ehre, mich mehrfach mit Ihnen zu treffen. Ich habe Sie schon einmal interviewt, also stellen wir uns ein weiteres Interview in 30 Jahren vor. Vielleicht nicht hier in diesem Raum, aber in 30 Jahren treffen wir uns wieder, und ich frage Sie erneut nach den Vereinten Nationen. Wo sehen Sie sie in 30 oder 50 Jahren?

Sergej Lawrow: Der Prozess, den wir heute erleben, ist schon seit Jahren im Gange. Er wurde vom Westen in Gang gesetzt, um jede globale Entwicklung, jede Situation oder jeden Konflikt unter Kontrolle zu bringen, weil die Entwicklungen in jeder Region den Interessen des Westens dienen sollten. Etwa zur gleichen Zeit erfand man den Begriff der regelbasierten internationalen Ordnung. Niemand hat uns jemals eine Erklärung gegeben, wie sich diese vom Völkerrecht unterscheidet, obwohl wir danach gefragt haben. Der russische Präsident Wladimir Putin hat diese Ordnung und die „Regeln“ wiederholt erwähnt und betont, dass sie nie auf Papier festgehalten oder in Umlauf gebracht worden sind.

Diese Regeln bedeuten, dass die USA, wenn sie etwas in Afghanistan, im Irak, in Syrien, in Libyen, auf dem Balkan, in der Ukraine, im Südkaukasus, in Zentralasien, im Südchinesischen Meer oder in der Straße von Taiwan tun wollen, eine Art lahmer Rechtfertigung vorlegen und jedem sagen, was er zu tun hat, und erwarten, dass die anderen den Anweisungen folgen. Die UN-Charta wird meist ignoriert oder der Teil, der den momentanen Interessen entspricht, wird aus dem Zusammenhang gerissen. Als beispielsweise der Kosovo 2008 ohne Referendum seine Unabhängigkeit erklärte, hieß es, ein Volk habe das Recht auf Selbstbestimmung, und der Internationale Gerichtshof wurde gezwungen, ein Urteil zu erlassen, wonach der Schritt des Kosovo nicht gegen das Völkerrecht verstößt. Das bedeutete, dass jeder Teil eines Staates einseitig und ohne Zustimmung der Regierung des Staates die Unabhängigkeit von diesem Staat erklären konnte. So wurde 2008 mit dem Kosovo verfahren.

Als jedoch 2014 auf der Krim als Reaktion auf den brutalen und verfassungsfeindlichen Putsch in Kiew und das von den Putschisten eingeleitete Vorgehen gegen die russische Sprache und alles Russische ein Referendum abgehalten wurde, wurde dieser Schritt sofort als Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine verurteilt, wobei das Selbstbestimmungsrecht der Krim-Bewohner völlig außer Acht gelassen wurde. Es gibt viele solcher Beispiele. Wie das Sprichwort sagt, hat jedes Gesetz ein Schlupfloch – genau das bedeuten die berüchtigten amerikanischen „Regeln“.

Ich habe das Kernprinzip der UN-Charta erwähnt, nämlich die souveräne Gleichheit der Staaten. In den Jahren seit der Gründung der UNO gab es jedoch nie eine Zeit, eine Region oder eine Situation, an der die USA in irgendeiner Weise beteiligt waren, in der das Land diesen Grundsatz tatsächlich respektiert hätte. Jedes Mal und überall haben sie sich wie ein Hegemon oder wie ein Elefant im Porzellanladen verhalten. In Afghanistan erklärten sie, dass sie den Terrorismus bekämpfen wollten. Nach 20 Jahren sind sie aus dem Land geflohen und haben dort eine weitaus größere Anzahl von

Terroristen zurückgelassen als zuvor. Im Irak wurde ein normales, stabiles Land demontiert. Ganz zu schweigen von Libyen, das ein blühendes Land war.

Überall dort, wo sich der Westen als Haupt-„Reparateur“ (entschuldigen Sie den umgangssprachlichen Ausdruck) einmischte, kam es zu einer noch schlimmeren Krise mit Hunderttausenden von Opfern, Verwüstungen und sich verschlimmernden sozioökonomischen Problemen. In der Zeit, in der ich auf der internationalen Bühne tätig bin, gab es keinen einzigen Fall, in dem das Eingreifen des Westens tatsächlich etwas gebracht hätte. Und jetzt sehen wir ein ähnliches Bild in der Ukraine und in der palästinensisch-israelischen Konfrontation.

Was die Zukunft betrifft, so erwarte ich nichts Gutes, wenn der Westen seine Verpflichtungen aus der UN-Charta missachtet und anderen weiterhin sein Prinzip „mein Haus, meine Regeln“ aufzwingt. Der Westen hat alle Regeln zerstört, auf denen er sein Globalisierungsmodell aufgebaut hat. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sprach der Westen vom Ende der Geschichte, von der liberalen Philosophie, vom Triumph des Liberalismus, vom freien Markt, von der Unverletzlichkeit des Privateigentums, von der Unschuldsvermutung und vom fairen Wettbewerb. Die Welt wurde in dem Glauben bestärkt, dass dies im besten Interesse aller sei. Ich erinnere mich, dass in den 1990er Jahren US-Gesandte beim IWF und bei der Weltbank sagten, dass man den Dollar nicht zu fürchten brauche. Der Dollar sei keine amerikanische Waffe, sondern ein globales Gut, das Blutsystem der Weltwirtschaft, sagten sie. Und was haben wir jetzt? Viele sind dabei, sich vom Dollar zu trennen, und diejenigen, die zu tief in seine Netze verstrickt sind, versuchen, ihre Abhängigkeit allmählich zu verringern.

Als sie Russland bestrafen wollten, hat der Westen alle Grundsätze aufgegeben, die er uns vermittelt hat und die er für heilig erklärt hat. Das Gleiche geschieht mit den Grundsätzen der UN-Charta. Der Westen tritt sie mit Füßen und zerstört sie, ohne auch nur einen Moment zu zögern.

Es ist bemerkenswert, dass der Kommunikation im Sicherheitsrat seit den Anfängen der UNO Vorrang eingeräumt wurde, selbst in der sowjetischen Zeit und während des Kalten Krieges und des Zeitalters der Konfrontation. Die Ratsmitglieder diskutierten aktuelle Themen ohne Mikrofon. Ich erinnere mich, dass sowjetische – und später russische – Vertreter und ihre amerikanischen Kollegen regelmäßig vertrauensvolle Kontakte pflegten, ihre Positionen offen darlegten und nach Wegen suchten, den Interessen des Partners entgegenzukommen. Genau darum geht es in der Diplomatie.

Heute hat der Westen die Mikrofon-Diplomatie übernommen, sein Ziel im Sicherheitsrat und anderen UN-Gremien ist es, den Fokus auf die Ukraine zu verlagern, Zelensky als Hüter globaler demokratischer Werte zu glorifizieren, das Nazi-Regime salonfähig zu machen und seine Verbrechen zu entlasten.

Gruppen von Terroristen, die mit modernen, vom Westen gelieferten Waffen bewaffnet sind, greifen die Region Kursk an. Jeden Tag bombardieren sie Wohnviertel, soziale Einrichtungen und Zivilisten, die sich in ihren Autos auf dem Weg zu einem sichereren Ort befinden. Ich habe nicht gehört, dass die für die Menschenrechte zuständigen UN-Beamten, einschließlich des UN-Generalsekretärs, sich dagegen ausgesprochen hätten. Sie antworten auf Medienanfragen, dass sie die Informationen prüfen und dass sie im Allgemeinen „für alles Gute und gegen alles Schlechte“ sind. Wir haben dies

von den Mitarbeitern des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und anderen UN-Menschenrechtsorganierten gehört.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir den Sieg brauchen. Das ist die einzige Sprache, die sie verstehen. Wir werden den Sieg erringen. Daran gibt es keinen Zweifel. Wir haben wirklich die Reihen geschlossen angesichts des Krieges, den der Westen von ukrainischer Seite aus gegen uns geführt hat.

Um zu den Wurzeln der UNO zurückzukehren und die Achtung aller Grundsätze der UN-Charta wiederzubeleben – angefangen bei den Menschenrechten wie dem Recht auf Sprache und Religion, die die Ukraine mit Hilfe des Westens zerstört hat –, um die Achtung des Völkerrechts und des Grundsatzes der souveränen Gleichheit der Staaten wiederzubeleben, muss der Westen einsehen, dass er den Krieg, den er gegen Russland und das Völkerrecht führt, nicht gewinnen kann. Es ist nicht nötig, irgendetwas zu erfinden; jeder sollte nur die UN-Charta umsetzen, wie sie vor vielen Jahren verabschiedet wurde.